

# Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

11. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 27. Februar 1957

Nummer 10

Datum	Inhalt	Seite
29. 1. 57	Verordnung zur Ausführung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes im Lande Nordrhein-Westfalen . . . . .	33
5. 2. 57	Verordnung über die nach dem Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung (Schutzbereichsgesetz) zuständigen Festsetzungsbehörden . . . . .	33
11. 2. 57	Verordnung zur Änderung der Verordnung vom 6. August 1954 (GV. NW. S. 283) über den Erwerb der Befugnis zur Anleitung von Handwerkslehrlingen durch Ablegung der Baumeisterprüfung gemäß §§ 1, 2 und 3 der Baumeisterverordnung vom 1. April 1931 (RGBl. I S. 131) . . . . .	34
22. 2. 57	Hinweis für die Bezieher . . . . .	34
15. 2. 57	Bekanntmachung der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen. Betrifft: Wochenausweis . . . . .	34

## Verordnung zur Ausführung des Kriegsgefangenen- entschädigungsgesetzes im Lande Nordrhein-Westfalen.

Vom 29. Januar 1957.

### § 1

Das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz wird, soweit nicht durch Gesetz oder Rechtsverordnung etwas anderes bestimmt ist, von den kreisfreien Städten und Landkreisen durchgeführt.

### § 2

(1) Für jeden Regierungsbezirk wird ein Beschwerdeausschuß beim Regierungspräsidenten gebildet.

(2) Der Landtag ist Wahlkörperschaft für die Wahl der Beisitzer der Beschwerdeausschüsse.

### § 3

(1) Über Anträge auf Gewährung von Darlehen (§ 28 des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes) entscheiden in den Fällen des § 40 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes die Regierungspräsidenten.

(2) Für die Anrufung des Beschwerdeausschusses in den Fällen des § 43 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes sind die Regierungspräsidenten zuständig.

### § 4

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten die Verordnungen der Landesregierung zu § 10 des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes vom 9. März 1954 (GV. NW. S. 77) und zu § 19 des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes vom 6. Juli 1954 (GV. NW. S. 273) außer Kraft.

Die Verordnung wird erlassen:

a) von der Landesregierung auf Grund des Art. 77 der Landesverfassung und des § 19 Abs. 3 des Gesetzes über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener (Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz — KgfEG —) vom 30. Januar 1954 (BGBl. I S. 5) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes vom 12. Juni 1954 (BGBl. I S. 143), des § 2 Abs. 4 des Vierten Überleitungsgesetzes vom 27. April 1955 (BGBl. I S. 189) und des Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes vom 8. Dezember 1956 (BGBl. I S. 904),

b) vom Arbeits- und Sozialminister auf Grund des § 40 Abs. 1 Satz 2 des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes.

Düsseldorf, den 29. Januar 1957.

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Ministerpräsident:

Steinhoff.

Der Arbeits- und Sozialminister:

Hemsaß.

— GV. NW. 1957 S. 33.

## Verordnung über die nach dem Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung (Schutzbereichsgesetz) zuständigen Festsetzungsbehörden.

Vom 5. Februar 1957.

Auf Grund des § 17 des Schutzbereichsgesetzes vom 7. Dezember 1956 (BGBl. I S. 899) wird verordnet:

### § 1

(1) Zuständig für die Festsetzung der Entschädigung nach dem Schutzbereichsgesetz sind

1. die Landkreise
2. die kreisfreien Städte.

(2) Die Festsetzung der Entschädigung in den in §§ 28 und 29 des Schutzbereichsgesetzes genannten Fällen obliegt den Landkreisen und kreisfreien Städten (Ämtern für Verteidigungslasten).

### § 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 5. Februar 1957.

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Ministerpräsident:

Steinhoff.

Der Innenminister:

Biernat.

Der Finanzminister:

Weyer.

— GV. NW. 1957 S. 33.

**Verordnung**  
zur Änderung der Verordnung vom 6. August 1954  
(GV. NW. S. 283) über den Erwerb der Befugnis  
zur Anleitung von Handwerkslehrlingen durch  
Ablegung der Baumeisterprüfung gemäß §§ 1, 2  
und 3 der Baumeisterverordnung vom 1. April 1931  
(RGBl. I S. 131).

Vom 11. Februar 1957.

Auf Grund von § 19 der Handwerksordnung vom 17. September 1953 (BGBl. I S. 1411) wird verordnet:

§ 1

Die Verordnung über den Erwerb der Befugnis zur Anleitung von Handwerkslehrlingen durch Ablegung der Baumeisterprüfung vom 6. August 1954 (GV. NW. S. 283) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird hinter den Worten „§ 1 der Preussischen Ausführungsbestimmungen vom 1. Oktober 1931 — HMBl. 1931 S. 199 —“ eingefügt „in der Fassung des Runderlasses vom 23. Oktober 1956 — MBl. NW. 1956 S. 2115 —“.
2. In § 2 wird Satz 1 gestrichen. In Satz 2 wird das Wort „Sie“ ersetzt durch die Worte „Diese Verordnung“.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 11. Februar 1957.

Der Minister  
für Wirtschaft und Verkehr  
des Landes Nordrhein-Westfalen.

In Vertretung:  
Arnold i. V.

— GV. NW. 1957 S. 34.

**Hinweis für die Bezieher.**

Im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen sind erschienen:

1. Wohnungsbauförderungsbestimmungen 1957

Nr. 137/1956                      Preis 1,20 DM  
zuzügl. Versandkosten              0,15 DM.

2. a) Wohnungsbauprogramm 1957 — I. Abschnitt; Förderung von Wohnungsneubauten sowie der Schaffung von Wohnraum durch Wiederaufbau, Wiederherstellung, Ausbau und Erweiterung bestehender Gebäude.

b) Förderung des sozialen Wohnungsbaues;  
Vordrucke

Nr. 13/1957                      Preis 2,— DM  
zuzügl. Versandkosten              0,15 DM.

Lieferung nur durch die August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf, Postscheckkonto Köln 8516.

— GV. NW. 1957 S. 34.

**Bekanntmachung der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen**

**Betrifft: Wochenausweis der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen vom 15. Februar 1957**

Aktiva

(Beträge in 1000 DM)

Passiva

Veränderungen gegen-  
über der Vorwoche

Veränderungen gegen-  
über der Vorwoche

Aktiva						Passiva					
Guthaben bei der Bank deutscher Länder . . .	—	623 496	—	÷	8 210	Grundkapital . . . . .	—	65 000	—	—	
Postscheckguthaben . . .	—	1	—	—	—	Rücklagen und Rückstellungen . . . . .	—	111 518	—	—	
Inlandswechsel . . . . .	—	458 249	—	—	47 360	Einlagen					
Wertpapiere						a) von Kreditinstituten innerhalb des Landes (einschl. Postscheckämter) . . . . .	1 394 727	—	82 909		
a) am offenen Markt gekaufte . . . . .	—	—	—	—	—	b) von Kreditinstituten in anderen deutschen Ländern . . . . .	254	+	43		
b) sonstige . . . . .	83	83	—	—	—	c) von öffentlichen Verwaltungen . . . . .	66 653	+	37 786		
Ausgleichsforderungen						d) von ailierten Dienststellen . . . . .	16 118	÷	7 530		
a) aus der eigenen Umstellung . . . . .	615 652	—	—	—	—	e) von sonstigen inländischen Einlegern . . . . .	81 480	—	3 499		
b) angekaufte . . . . .	—	615 652	—	—	—	f) von ausländischen Einlegern . . . . .	3 534	1 562 766	—	7 524	— 48 573
Lombardforderungen gegen						Sonstige Verbindlichkeiten	—	67 550	—	—	÷ 481
a) Wechsel . . . . .	1	—	—	6 000	—	Verbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln .	(210 156)	—	(— 13 151)		
b) Ausgleichsforderungen . . . . .	4 274	—	—	144	—						
c) sonstige Sicherheiten . . . . .	72	4 347	—	—	6 144						
Beteiligung an der BdL . . . . .	—	28 000	—	—	—						
Schwebende Verrechnungen im Zentralbanksystem . . . . .	—	2 914	—	—	4 541						
Sonstige Vermögenswerte . . . . .	—	74 092	—	÷	1 743						
		<b>1 806 834</b>			<b>— 48 092</b>			<b>1 806 834</b>			<b>— 48 092</b>

Übrige ausweispflichtige Positionen: ohne Bestand.

Düsseldorf, den 15. Februar 1957.

Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen:

Fessler.      Böttcher.      Braune.

— GV. NW. 1957 S. 34.

**Einzelpreis dieser Nummer 0,30 DM.**

Einzeillieferungen nur durch den Verlag gegen Voreinsendung des Betrages zuzgl. Versandkosten (pro Einzelheft 0,15 DM) auf das Postscheckkonto Köln 8516 August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf.  
(Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)